Bundesgesetz über die Lärmsanierung der Eisenbahnen

Änderung vom 27. September 2013

*Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft,
nach Einsicht in die Botschaft des Bundesrates vom 30. November 2012¹,
beschliesst:*

I

Das Bundesgesetz vom 24. März 2000² über die Lärmsanierung der Eisenbahnen wird wie folgt geändert:

Titel: Beifügen der Abkürzung

(BGLE)

Gliederungstitel vor Art. 1

1. Abschnitt: Allgemeine Bestimmungen

Art. 1 Gegenstand

¹ Dieses Gesetz regelt in Ergänzung zum Umweltschutzgesetz vom 7. Oktober 1983³ die Lärmsanierung der Eisenbahnen durch Massnahmen:

- a. an Schienenfahrzeugen;
- b. an der Fahrbahn;
- c. auf dem Ausbreitungsweg des Schalls;
- d. an bestehenden Gebäuden.

² Es regelt zudem die Investitionsförderung für besonders lärmarme Technologien und die Ressortforschung im Eisenbahnbereich.

Art. 2 Abs. 1 und 2

¹ Der Lärmschutz soll in erster Linie durch Massnahmen an Schienenfahrzeugen und an der Fahrbahn erreicht werden.

¹ BBl 2013 489

² SR 742.144

³ SR 814.01

² Soweit die Massnahmen gemäss Absatz 1 nicht ausreichen, sind Massnahmen auf dem Ausbreitungsweg des Schalls zu treffen.

Art. 3 Fristen

¹ Die Massnahmen an Schienenfahrzeugen, auf dem Ausbreitungsweg des Schalls und an bestehenden Gebäuden müssen bis zum 31. Dezember 2015 durchgeführt werden.

² Ergänzende Massnahmen nach Artikel 7a müssen bis zum 31. Dezember 2025 durchgeführt werden.

Gliederungstitel vor Art. 4

2. Abschnitt: Massnahmen an Schienenfahrzeugen

Art. 4 Abs. 3–5

³ Er erlässt Emissionsgrenzwerte für Güterwagen auf dem Normalspurnetz. Diese Grenzwerte gelten ab dem 1. Januar 2020.

⁴ Er kann aus wichtigen Gründen das Inkrafttreten der Grenzwerte um höchstens zwei Jahre verschieben.

⁵ Er kann insbesondere für Spezialfahrzeuge mit geringer Laufleistung und historische Fahrzeuge Ausnahmen vorsehen.

Art. 5 Abs. 3

³ Beiträge werden nur für Schienenfahrzeuge ausgerichtet, die mindestens bis zum 31. Dezember 2019 oder während zehn Jahren nach der Lärmschutzmassnahme in Betrieb bleiben. Bei einer vorzeitigen Ausserbetriebnahme ist die Finanzhilfe zurückzuerstatten.

Gliederungstitel vor Art. 6

3. Abschnitt: Massnahmen an der Fahrbahn und auf dem Ausbreitungsweg des Schalls

Art. 7 Abs. 1 und 5

¹ Bei bestehenden ortsfesten Eisenbahnanlagen sind Massnahmen an der Fahrbahn und auf dem Ausbreitungsweg des Schalls so weit anzuordnen, bis die Immissionsgrenzwerte eingehalten sind.

⁵ *Aufgehoben*

Art. 7a Ergänzende Massnahmen

¹ Würden Erleichterungen nach Artikel 7 Absatz 3 gewährt, so kann das Bundesamt für Verkehr ab 2016 Massnahmen an der Fahrbahn und weitergehende Massnahmen auf dem Ausbreitungsweg des Schalls anordnen.

² Der Bundesrat regelt die Massnahmen und die Beurteilung der Verhältnismässigkeit der Kosten.

Art. 8 erster Satz

Der Bund trägt die Kosten der Massnahmen an der Fahrbahn und auf dem Ausbreitungsweg des Schalls. ...

Gliederungstitel vor Art. 10

4. Abschnitt: Schallschutzmassnahmen an bestehenden Gebäuden

Art. 10 Sachüberschrift

Aufgehoben

Gliederungstitel vor Art. 10a

5. Abschnitt: Investitionsförderung und Ressortforschung

Art. 10a

¹ Der Bund kann für den Erwerb und Betrieb von besonders lärmarmen Güterwagen Finanzhilfen gewähren.

² Die Mittel für die Ressortforschung werden aus dem Verpflichtungskredit für die Lärmsanierung der Eisenbahnen zur Verfügung gestellt.

Gliederungstitel vor Art. 11

6. Abschnitt: Schlussbestimmungen

Art. 15 Abs. 4

⁴ Die Geltungsdauer dieses Gesetzes wird bis zum 31. Dezember 2028 verlängert.

II

¹ Dieses Gesetz untersteht dem fakultativen Referendum.

² Der Bundesrat bestimmt das Inkrafttreten.

Nationalrat, 27. September 2013

Die Präsidentin: Maya Graf

Der Sekretär: Pierre-Hervé Freléchoz

Ständerat, 27. September 2013

Der Präsident: Filippo Lombardi

Die Sekretärin: Martina Buol

Datum der Veröffentlichung: 8. Oktober 2013⁴

Ablauf der Referendumsfrist: 16. Januar 2014

⁴ BBl 2013 7391